

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abböler 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Kundorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3spaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die 2spaltige Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbekannt geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Aushang, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 80 Donnerstag, den 9. Juli 1931 33. Jahrg.

Eine Minute vor Zwölf.

Schuldensündung und deutsche Wirtschaft. — Das nächste Thema. — Die Rolle Frankreichs.

Tägliche Telefonate über den Ocean, tägliche Fühlungnahme der Notenbankpräsidenten, tägliche Verhandlungen mit Bolschewikern, mit Wirtschaftlern — zwei Wochen lang ging es so, ehe man den Abschluss der Schuldensündung erreichen konnte. Zwei Wochen lang lastete der Druck dieser Verhandlungen über der Wirtschaft, und niemand weiß, ob sie ihr auch nur noch Tage länger hätte tragen können. Wenn am letzten Sonntagabend auf der Reichsanleihe bei dem amerikanischen Bolschewiker Sackett zurückgegriffen wurde, wann man in Paris die Einigung erwarten könne, wenn der Generatrat der Reichsbank am Sonntagabend tagte, wenn der amerikanische Bolschewiker noch in der Nacht zum Dienstag dem Reichszentraler Dr. Brüning von den Pariser Vereinbarungen Mitteilung machte, so zeigt das alles, wie sehr sich die verantwortlichen Persönlichkeiten darüber klar waren, daß die Zeit drängte, daß jeder Augenblick auch nur von Stunden weiteren Schaden anrichten könnte. Der Schaden dieser letzten vierzehn Tage ist ohnehin in Zahlen nicht abzuschätzen. Man muß an die Inanspruchnahme der Reichsbank in diesen letzten Tagen denken, um einen Begriff davon zu bekommen, welches überlebens Tempo die wirtschaftliche Krise angenommen hatte. Die Unfähigkeit der politischen Tage hatte dazu geführt, daß der Reichsrat ihre Desinteressen vollständig entzogen waren. Der 400-Millionen-Kredit der ausländischen Notenbanken war am Sonntagabend ebenfalls aufgebraucht. Am Sonntag beschloß man, noch den 200-Millionen-Kredit in Anspruch zu nehmen, der der Goldbestand aus dem Ausland zur Verfügung stand. Aber von diesen 200 Millionen waren 80 Millionen am ersten Tage der Inanspruchnahme am Montag verbraucht, und die übriggebliebenen 120 Millionen werden nur noch auf kürzeste Sicht gerichtet haben. Man stand also unmittelbar vor einer Erschöpfung der Kreditquellen, unmittelbar vor neuen Anleihen-Gesuchen der Reichsbank an die fremden Notenbanken, unmittelbar vor schwersten Rückwirkungen der Reichsbankmaßnahmen auf die deutschen Privatbanken und die deutsche Privatindustrie.

Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen für die zunehmende Erkenntnis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, wenn gerade in dieser Krisenzeit die Bereitwilligkeit der großen Notenbanken zu enger Zusammenarbeit sich besonders bemerkbar machte. Die Bank von England hatte die Führung bei der Aktion, die schon einmal die Reichsbank mit Krediten verlor, und man hatte sichere Zuversicht, daß ähnliche Aktionen noch gefolgt wären, wenn die Krise sich in dem gleichen Tempo weiterentwickelt hätte, das sie während der letzten Tage annahm. Aber solche Ausflüsse durch die fremden Notenbanken konnten doch nur in einer ganz kurzfristigen Ubergangsphase helfen. Die Kreditbereitschaft der fremden Notenbanken, ihre Inanspruchnahme durch die Reichsbank, hat ohnehin dazu geführt, daß in die Atempause, die nun beginnen soll, das Noteninstitut des Reiches mit einer Schuld von rund 500 Millionen Mark in Devisen hineingeht, daß sie also vorbelastet ist und zunächst verfallen muß, von dieser Sonderbelastung frei zu werden.

Aber viel gefährlicher als die Not der Reichsbank, die immer die Hilfe der fremden Zentralnotenbanken zur Verfügung fand, war die Situation der deutschen Privatwirtschaft. Die Kapitalabwanderung hat ja während der ganzen vergangenen Monate angehalten. Aus dem ersten Stadium, in dem Verlängerungen fremder Kredite überhaupt abgelehnt wurden, war man zwar zeitweilig schon heraus. Man konnte gegen entsprechende Zugeständnisse in der Zwischenfrage zeitweilige Kreditverlängerungen erhalten, bis in den letzten Stadium dann die Kreditabzüge wieder zunahmen. So sind insgesamt der deutschen Privatwirtschaft ausländische Kredite in Höhe von drei bis vier Milliarden Mark entzogen. Diese unentbehrlichen Betriebskredite glaubt man als erste Wirkung des Hooverplans wieder für die Privatwirtschaft beschaffen zu können. Sei es auf dem deutschen Geldmarkt selbst, den nach dem einjährigen Zustande der Reparationen die Reichskasse ja nicht in Anspruch nehmen muß, sei es aus ausländischen Mitteln, die nun wohl wie der reichlich fließen werden.

Die Stundung der Reparationen wird gewiß noch zu schwierigen Verhandlungen Anlaß geben. Vier Punkte sind noch ungeklärt: Die Verzinsung der gestundeten deutscher Jahreszahlungen, die Beschaffung von Krediten für die süd-europäischen Staaten, die Finanzierung der deutscher Sachlieferungen, die fortgeführt werden sollen und schließlich Frankreichs Verpflichtungen gegenüber dem Garantiefonds der BZJ. Aber die Verhandlungen über diese mehr technischen Fragen können unmittelbar gegenüber dem Problem der Kreditbeschaffung, das nun als nächstes Thema von der Staatsverwaltung zu lösen sein muß. Die Atempause in den Reparationen wird, wenn sie Erfolg haben soll, in erster Linie eine Atempause zur Regulierung der internationalen Kreditverhältnisse sein müssen. Das wird auch das Thema der deutsch-französischen Besprechungen sein, die bei dem geplanten deutschen Besuch in Paris stattfinden werden. Deutschland muß feststellen, von dem System der kurzfristigen Kredite, die bei jedem Schwanken der Wirtschaftsverhältnisse abgezogen werden können, und deren Unbe-

ständigkeit deshalb die deutsche Wirtschaft unter dem Druck dauernder Krisendrohung hält. Zunächst werden in der Reihenfolge der internationalen Besprechungen die englischen Minister und etwas später der amerikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten nach Berlin kommen. Auch mit ihnen muß die Lösung dieses Problems der langfristigen Kredite schon vorbereitet werden. Aber eine Hauptrolle fällt bei der Lösung dieses Problems Frankreich zu, das immer noch an Geldüberfluß leidet, und das nach dem formaljuristischen Streit der letzten 14 Tage jetzt beweisen kann, ob es auch zu wirklicher Wirtschaftspolitik imstande ist.

Abschluß in Paris.

Das amerikanisch-französische Abkommen.

Das Abkommen zwischen Amerika und Frankreich über den Hooverplan ist im wesentlichen formuliert und abgeschlossen worden. Sein wesentlicher Inhalt wird in einer gegen 11.30 Uhr nachts veröffentlichten Verlautbarung folgendermaßen dargestellt:

Bei Wiederannahme der Verhandlungen am 10. Juli haben die amerikanischen Unterhändler den französischen Ministern die Zustimmung ihrer Regierung zu den im Ministerrat getroffenen Beschlüssen überbracht.

Sie teilen mit, daß Präsident Hoover erklärt habe, daß das jetzt abgeschlossene Abkommen im Geiste des amerikanischen Vorschlags gefaßt sei und nur noch von der Billigung der anderen interessierten Parteien abhängt.

Der amtliche Wortlaut.

Der genaue Text der zwischen Frankreich und Amerika getroffenen Vereinbarung („bale d'accord“) hat folgenden Wortlaut:

Erster Teil:

Nach dem Meinungsaustausch der zwischen den beiden Regierungen stattgefunden hat, hat die französische Regierung festgestellt, daß sie mit der amerikanischen Regierung über die hauptsächlichsten Grundzüge des Vorschlages des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover einig ist, ebenso über die nachstehenden Punkte:

1. Die Zahlung der Regierungsschulden ist vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 ausgesetzt.
2. Das Reich zahlt jedoch den ungezählten Teil weiter; aber die französische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß diese Zahlungen von der BZJ in Bonds angelegt werden, die von der Deutschen Reichsbankgesellschaft garantiert sind.
3. Sämtliche gestundeten Zahlungen unterliegen einem Zinsfuß der den von der amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen entspricht, und sind ab 1. Juli 1933 in zehn Jahreszahlungen rückzahlbar.
4. Diefelben Bedingungen gelten auch für die von der Deutschen Reichsbankgesellschaft herausgegebenen Bonds.

Zweiter Teil:

Zu den drei Punkten, die die amerikanische Regierung nicht direkt betreffen, gibt die französische Regierung folgende Erklärung ab:

- a) Eine gemeinsame Handlung der hauptsächlichsten Zentralbanken wird mit Hilfe der BZJ organisiert werden, um diejenigen europäischen Staaten zu unterstützen, die durch die vorgeschlagene Zahlungsaussetzung besonders in Mitleidenschaft gezogen werden.
- b) Zwischen Frankreich und der BZJ muß eine vorübergehende Forderung gefunden werden, damit Frankreich den im Falle eines Youngkommissariats vorgesehenen Garantiefonds nur durch monatliche Zahlungen soweit ergänzt, als es die Bedürfnisse der BZJ nach der tatsächlich von Deutschland transferierten Beträgen notwendig erscheinen lassen.
- c) Die Frage der Sachlieferungen und die verschiedenen technischen Anschließungen, die zur Anwendung der amerikanischen Vorschläge und des vorliegenden Abkommens erforderlich werden müssen, werden durch einen Sachverständigen-Ausschuß geregelt werden, der von den interessierten Regierungen bestimmt wird und die gegebenen Notwendigkeiten mit dem Geiste des Vorschlages des Präsidenten Hoover in Übereinklang bringen muß.

Dritter Teil:

Frankreich behält sich das Recht vor, von der Reichsregierung die unerlässlichen Versicherungen zu verlangen, die sich auf die ausschließlich wirtschaftliche Verwendung der Summen beziehen, von denen der Reichshaushalt nunmehr befreit ist.

Sachverständigen- und Gläubiger-Konferenzen.

In gutunterrichteten französischen Kreisen rechnet man mit dem Zusammentritt des Sachverständigenausschusses bereits gegen Ende dieser Woche.

Dieser Ausschuß soll feststellen, wie die Durchführung der Sachlieferungen erreicht werden kann, ohne daß die Reichsregierung irgendwelche finanziellen Lasten zu tragen hat.

Die in Erwägung gezogene Gläubigerkonferenz, an der auch Deutschland teilnehmen wird, wird nach Ansicht französischer Kreise nicht vor Ende dieses Monats stattfinden. Auf alle Fälle soll ihr Zusammentritt nicht vor Beendigung der Arbeiten des Sachverständigenausschusses erfolgen.

Das Abkommen wurde vom Ministerpräsidenten Laval, Außenminister Briand, Finanzminister Glandin, Justizminister Pietri für Frankreich und Schatzkanzler Mellon und Bolschewiker Edge für Amerika unterzeichnet.

Neuer Abrüstungsappell Hoovers.

Die Mitteilung Mellons, daß die Einigungsformel endlich gefunden sei, kam selbst der Washingtoner Regierung überlappend, da man noch am frühen Nachmittag den Eindruck hatte, daß die Pariser Verhandlungen in eine Sackgasse geraten seien. Hoover, der die Nachricht geradezu freudensprühend den Pressevertretern weitergab, verlas bei dieser Gelegenheit

eine längere Erklärung.

Die technischen Schwierigkeiten, so führte der Präsident aus, die sich den vielen verschiedenen internationalen Abmachungen ergaben, seien auf dem Wege, durch guten Willen und durch die Zusammenarbeit aller Regierungen gelöst zu werden. Die Annahme des Moratoriumsvorschlages habe den Willern Amerikas und den alliierten Mächten Opfer abverlangt; sie bedeute aber eine ungeheure Erleichterung der wirtschaftlichen Bürde, die auf Deutschland und Mitteleuropa lastet.

Die Suche vor Unordnung und Regierungsturz weiche neuer Hoffnung und neuem Vertrauen. Die Zukunft, abschließend betonte Hoover erneut, daß eine der Hauptaufgaben des Niederganges der Weltwirtschaft das allgemeine Wehrstraffen sei. Der Rückblick auf die vergangenen Wochen sollte lehren, wie notwendig eine Erleichterung der Rüstungslast sei, die den Betrag der politischen Schulden nachteilig überleite.

Im Wallstreet hat die Nachricht von der Pariser Einigung sichtlich Befriedigung ausgelöst, wenn man auch nicht behaupten, daß durch die Beschließung der Verhandlungen ein nicht zu unterschätzender Schaden angerichtet worden ist.

Paris verbreit die Locken.

Die Pariser Mittagspresse unterstreicht besonders die politischen Forderungen Frankreichs. Es scheint, daß die französische Regierung geradezu eine Parole ausgegeben hat, auf diesem Punkt mit Nachdruck zu beharren.

Hier und da kommt in der Presse nach einer langatmigen Aufzählung der Opfer, die Frankreich gebracht habe, der Wunsch zum Ausdruck, daß der Weltfrieden nun auch wirklich gefestigt sei und in diesem Zusammenhang unterstrichen fast sämtliche Blätter den Schluss des Abkommens, in dem sich Frankreich das Recht vorbehält, von Deutschland ganz bestimmte Sicherheiten für die Verwendung des frei gemordenen Geldes zu verlangen.

Das „Echo de Paris“

und mit ihm eine Aufzählung der ultranationalistischen Blätter weist darauf hin, daß die französische Regierung 80 vom Hundert der Hooverischen Vordringende bedingungslos anerkannt habe, wenn auch die französische Zustimmung letzten Endes von den Beschlüssen abhängt, die der Konferenz der Gläubigmächte über den Garantiefonds treffen werde.

Das „Devoir“

verzichtet auf eine Aufzählung der Vor- und Nachteile des neuen Abkommens, und betont lediglich, daß nunmehr niemand in Amerika oder Europa das Recht habe, Frankreich des Mißtrauens zu beschuldigen. Weniger als zwei Monate nach dem Versailles Kongreß habe Frankreich für den Frieden eine Handlung vollbracht, die mehr jage als Kammerabstimmungen.

Laval über die Einigung.

Nach Abschluß der Montagverhandlungen gab Ministerpräsident Laval folgende Erklärung ab: Dieser Vertrag ist eine wichtige Entscheidung, die ein schweres Opfer für Frankreich bedeutet. Man wird verstehen, daß die Regierung die französisch-amerikanische Solidarität wahren wollte, die mehr denn je eine Bedingung für die internationale Zusammenarbeit und eine Notwendigkeit für den Frieden darstellt.

Man wird verstehen, daß die Regierung das gefühlte Recht Frankreichs auf die Reparationen nicht verzehnen wollte. Wenn aus dem nunmehr abgeschlossenen Vertrage neuen Vertrauen in der Welt erwächst, und wenn man in Deutschland die Tragweite und den Sinn der weltberühmten Haltung Frankreichs versteht, so muß sich eine neue Ära für die beiden Völker eröffnen.

„Zwar etwas, aber noch nicht genug“.

Die Londoner Presse hat die Nachricht von der Einigung zwischen Frankreich und Amerika über den Hooverplan dankbar und ruhig aufgenommen. Sie erkennt nicht die Schwierigkeiten, die die unmittelbare Zukunft bringen wird; denn, so sagt

die „Times“

die Notlage ist drohender denn je, und die Krise des Sufi 1931 betrifft nicht nur die Bankiers sondern jeden einzelnen. Niemand könne behaupten, daß die Einstellung der Zahlungen für ein Jahr ausreichen werde, um alles noch Notwendige zu tun. Amerika habe Gelegenheit gehabt, die wahre Lage zu erkennen. Somit Europa in Strafe komme.

bestehende kein Zweifel mehr, daß die Kräfte, die die Krise be-
schleunigt hätten, nicht nur wirtschaftlicher sondern auch vor
allem politischer Natur seien. Immerhin müßte man dankbar
sein, daß endlich ein Abkommen erzielt worden sei; denn
die 14-tägigen Verhandlungen hätten Zweifelstand und Miß-
trauen in den Rand des Abgrundes gebracht. Deutsch-
land müßte jetzt sofort eine Atempause haben. Die Einstellung
der Zahlungen sei zwar etwas, aber bei weitem noch nicht
genug.

„Daily Herald“

betont, daß der ursprüngliche Hooverplan einer weitgehen-
den Revision unterzogen worden sei.

Hooverplan und Kongreß.

In politischen Kreisen Washingtons, insbesondere bei den
Republikanern, wird das Pariser Ergebnis als ein großer
diplomatischer Sieg und persönlicher Triumph Hoovers ge-
feiert. Die Annahme des Hooverplanes im Kongreß gilt als
gesichert, da selbst die erbittertesten Gegner des Schulden-
nachlasses die Folgen einer deutschen Finanzkatastrophe ge-
büßend einzulassen wissen.

Die Presse

steht mit großer Befriedigung fest, daß die Hauptlinie des
Hooverplans vorläufig eingeleitet worden sei. Einige
Stimmen behaupten allerdings, daß noch einige Eingriffe
ungeteilt seien.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

„Die weisungsbefähigte und staatsmännliche Initiative des
amerikanischen Präsidenten Hoover wurde von Erfolg ge-
kront. Die feilsche Entlastung und die Hoffnung auf Wirt-
schaftsbelebung, die dieses Ergebnis mit sich bringt, löst all-
seits freudigste und freundliche Gefühle aus. Der Ent-
schluß zu raschem und durchgreifendem Handeln eröffnet
wegweisende Möglichkeiten zu einer Wiedergeburt der Welt.
Das deutsche Volk ist sich darüber klar, daß die endgültige
Durchführung des Hooverplans ihm als dem schwer-
sten belasteten Lande die verhältnismäßig stärkste Erleichterung
bringen wird.“

Die Eingabe über das Feiertagsjahr konnte nur durch
verständnisvolle Mitwirkung aller Beteiligten erreicht wer-
den, von denen einige Staaten eine Verzichtserklärung eigener
Schwierigkeiten und erhebliche Unbequemlichkeiten im In-
teresse der Gesamtheit auf sich nehmen mußten.

Wir erkennen dankbar an, daß in der Stunde schwer-
ster wirtschaftlicher Gefahr Deutschland dieses Ver-
ständnis für seine Lage gefunden hat.

„Deutschland ist auch nach Eintritt des Feiertagsjahres
feineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Nöte
überhoben. Es kann die ihm verbleibenden Mittel nicht be-
nutzen, um die Opfer, die die Regierung der Bevölkerung
zu zahlen muß, bei aller Wahrung gewisser Härten
herabzusetzen. Es darf nicht in seinen äußeren Anstrengungen
zu sparen nachlassen. Die gelungenen Erleichterungen, die
der Hooverplan Deutschland bringen wird, werden zur Kon-
solidierung der öffentlichen Finanzen reichlich benützt und
verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung
des Geld- und Kreditmarktes muß der deutschen Wirtschaft
zugute kommen.“

„Das Hooverjahr soll der Wiederherstellung der deut-
schen Wirtschaft und darüber hinaus der wirtschaftlichen
Erholung der Welt dienen. Soll sich die Hoffnung verwirk-
lichen, daß in der nächsten Zeit dieses Ziel erreicht wird,
so ist eine engere Zusammenarbeit der Völker erforderlich.“

Die nächsten Monate werden Gelegenheit zu solcher Zu-
sammenarbeit bieten. Die Heilung der Wunden dieser Krise
und die Vorlage gegen den Wiedereintritt ähnlicher Welt-
katastrophen müssen das gemeinsame Ziel sein, von dem sich
die Staatsmänner und die Völker bei der Lösung der noch
größeren Aufgaben des kommenden Jahres leiten lassen.“

Die deutsche Wirtschaftskrise.

Der Anstoß für den Hooverplan.

Zur einer Pressebesprechung in Washington gab Staats-
sekretär Caffie eine historische Darstellung der Entstehung
des Hooverplans. In dieser Schilderung hatte Präsident
Hoover bereits vor einiger Zeit die Empfindung, daß die
Lage Deutschlands immer schlechter werde und daß im In-
teresse der Behebung der Weltkrise etwas getan werden
müsse.

Dieses Gefühl verklärte sich, als Volschaffer Sadelt am
6. Mai in Washington eintraf und dem Präsidenten die
Situation Deutschlands eindringlich vor Augen führte.

In der Darstellung Caffies wurde besonders eine Stelle
bemerkenswert, in der davon die Rede ist, daß Hoover sich
erstmals mit dem Gedanken an eine internationale
Konferenz einbezog, auf der

die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten
einer neuen Prüfung unterzogen werden sollte, aus dem
Blickpunkt heraus, ob nicht angesichts der allgemeinen
Depression eine Herabsetzung aller der Summen erfolgen
müsse, die die verschiedenen Staaten einander schulden.
Man hat dann aber diesen Gedanken mit Rücksicht auf die
damals noch bevorstehende Konferenz in Genf fallen lassen,
auf deren Programm ausdrücklich das Motto „Hilfe für Ge-
samteuropa“ geschrieben stand.

Die amerikanischen Blätter spenden der Stelle, in der
von diesem Hooverischen Konferenzprojekt die Rede ist, be-
sonders große Beachtung und heben sie hervor.

Einberufung des Komitees der Schatzamts- fachverständigen.

Die französische Regierung hat, wie Havas berich-
tet, die durch den englischen Volschaffer in Paris, Lord
Eyrell überbrachte Anregung der englischen Regierung
angenommen, in der nächsten Woche eine Zusammen-
kunft des Komitees der Schatzamtsfachverständigen in
London anzubekunden. Dieses soll im einzelnen die
Durchführung des Hooverplans demittigen Wortungs-
regeln.

Das Vaujenjahr hat begonnen.

Unterstaatssekretär Caffie erklärte, selbst wenn die bri-
tische Regierung eine internationale Konferenz der Außen-
minister einberufen sollte, ja sei auch noch eine Konferenz
der Finanzgeperten der beteiligten Länder erforderlich.

Die Konferenz der Staatsmänner könnte seiner An-
sicht nach die Frage diskutieren, ob nicht die Rückzahlungsrück-
lage man Deutschland gewährt habe, zu kurz sei.

Zur formellen Intraffierung des Hooverplanes be-
dürfte es jetzt nur noch der formellen Zustimmungserklärung
einer der anderen Staaten. Dies alles sei aber nur eine
Formalange; tatsächlich habe das Vaujenjahr bereits be-
gonnen.
Amerika hat sich zur Teilnahme an den Konferenzen
bereit erklärt.

Neue englische Einladung.

Im Unterhaus erklärte der englische Ministerpräsident
Macdonald auf eine Anfrage, angelehnt der Tatsache, daß
mehrere wichtige Punkte durch das französisch-amerikanische
Abkommen noch nicht geregelt seien und einer Erörterung
unter den hauptsächlich beteiligten Regierungen bedürften,
erneuere die britische Regierung ihre Einladung zu einer
Konferenz in London.

Deutscher Dank an Italien.

Ein Brief Brinnings an Mussolini.

Mussolini hat den italienischen Außenminister Grandi
empfangen, der begleitet war von dem italienischen Bot-
schafter in Berlin, Dr. Brinni Baroni, der zur Berichterstattung
nach Rom berufen war.

Dr. Brinni Baroni hat Mussolini einen Brief des Reichs-
kanzlers Brüning überreicht.

In dem Brief stellt der Reichskanzler, nachdem er die Dank-
barkeit Deutschlands für die Initiative Hoovers zum Aus-
druck gebracht hat, fest, daß sich die Aktion des Präsidenten
der Vereinigten Staaten voll und ganz in der Linie der
wichtigsten und erfolgreichsten Politik befindet, die schon seit
längerer Zeit von Italien unter der Führung Mussolinis
befolgt wird. Die Volschaffer des Reichskanzlers bestätigt
ferner den tiefen Widerhall, den in Deutschland die sofortige
Zustimmung Italiens zum Vorschlag Hoovers hervorgeru-
fen hat, und die Befriedigung des deutschen Volkes, die um
so größer ist, als es die Opfer kennt, die Italien infolge
seiner Zustimmung zum Hoover-Plan bringen mußte.

Mussolini hat den italienischen Botschafter in Berlin
beauftragt, dem Reichskanzler eine herzliche Antwort-
schreiben zu übermitteln.

Preussischer Landtag.

Kredite für die ländliche Siedlung.

Der Preussische Landtag trat zu einem letzten kurzen
— man rechnet mit einer vieritägigen Parlamentsstätigkeit
— Sitzungsschnitt vor der Sommerpause zusammen. Das
Haus berät die Verordnung über die Beteiligung Preu-
dens bei der Deutschen Siedlungsbank. Mit der Beratung
verbunden werden die Gelegenheitsfragen zur Verordnung des
Landesrentenbankgesetzes, zur Förderung der Siedlung
und über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich
und dem preussischen Staat wegen des Kreditwesens für
die ländliche Siedlung.

In der Aussprache begrüßte Abg. Jürgensen
(Soz.), daß jetzt die Voraussetzungen für die Siedlung
auf dem Gebiet des Siedlungswesens geschaffen worden
sei. Preußen habe mit seiner Siedlungspolitik in den letz-
ten Jahren beachtliche Erfolge erzielt. Abg. Dr. Rauff-
hald (Dnt.) wünschte die Siedlungsfragen unter Aus-
scheidung parteipolitischer Gesichtspunkte zu behandeln. Abg.
Schmelzer (Ztr.) begrüßte die Vorklagen. Die Landes-
rentenbank habe die wichtige Aufgabe zu erfüllen, Zwischen-
kredite in Dauerkredite umzuwandeln. Bei Stundung von
Renten müsse von Fall zu Fall eine Prüfung erfolgen.

Nach längerer Aussprache wurden die Siedlungsge-
setze in zweiter und dritter Lesung angenommen. Schlußabstim-
mung am Donnerstag.

Das Haus vertagte sich dann am Mittwoch 12 Uhr.

Die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Berlin, 7. Juli. Bei der Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung fand eine Besprechung mit den Spitzenverbän-
den über den freiwilligen Arbeitsdienst statt. Die Ver-
wirklichung hängt von der Zusammenarbeit dreier Fak-
toren ab, nämlich der Träger des Dienstes (Jugend- und
Wohlfahrtsverbände), der Träger der Arbeit (Gemeinden,
Meliorationsgesellschaften und dergl.) und der Dienststel-
len der Reichsanstalt. Als Teilnehmer sind in erster Li-
nie untertätige Arbeitslose vor allem Jugendliche, in Aus-
sicht genommen. An dem Grundgedanken der Freiwillig-
keit soll unter allen Umständen festgehalten werden.

Ryffhäuserbund in Königsberg.

Auch Tagung des Preussischen Kriegerverbandes.

Königsberg, 7. Juli.
Unter dem Präsidium des Generals von Horn begann
die Tagung der Vertreter des Ryffhäuserbundes, der Ver-
einigung der deutschen Kriegervereine, im großen Saal der
Königsberger Stadtkasernen. General von Horn ging auf die
innen- und außenpolitische Lage des Vaterlandes ein, wo-
bei er als Gebot der Stunde das Wort prägte:

Staatspolitisches, nicht parteipolitisches Denken.

Stets sei der Ryffhäuserbund politisch neutral gewesen und
stehe über den Parteien. Er schloß mit einem Hoch auf
Deutschland. Regierungspräsident von Bahrfeldt über-
brachte die Grüße der preussischen Staatsregierung. Bei
dem Begrüßungsabend in der Stadthalle ergriff der ost-
preussische Vorsitzende des Ryffhäuserverbandes, General-
major a. D. Rabns, das Wort, wobei er betonte, daß Ost-
preußen gewillt sei, Feindat und Herd bis zum letzten
Wort zu verteidigen.

Am Sonntagmorgen fand auf dem Walter-Simon-
Platz die große Parade der Kriegervereine statt. Die Vere-
ine der ganzen Provinz hatten mit mehreren hundert Jah-
ren Aufstellung genommen, darunter über 100 heimatische
Fahnen der Kriegervereine aus den entristen Gebieten
und die alten Königsberger Regimentsfahnen. Neben dem
Vorführer, General von Horn, sah man noch zahlreiche
Generäle und viele Offiziere der alten Armee. Auch der
Wehrkreiscommandeur, Generalleutnant von Blomberg und
zahlreiche andere Reichswehroffiziere mochten der Parade
bei.

Nach den Gedächtnisreden der Geistlichen beider
Konfessionen gab die Menge entbundenen Hauptes
der Toten des Weltkrieges, während die Reichswehr-
kapelle „Ich halt, einen Kameraden“ spielte.

Im Rahmen der Ryffhäuserbund-Tagung fand dann
noch die Versammlung des Preussischen Landeskreiserp-

bandes statt, in der ebenfalls General von Horn sprach,
wobei er nach einem Hoch auf Preußen Ausführungen über
die Aufgaben der vaterländischen Tätigkeit des Bundes
machte. An Generalleutnant von Hindenburg und Ge-
neralfeldmarschall von Wadenstein wurden Huldigungsstele-
gramme abgelesen.

Die Abgabe von verbilligtem Roggen.

Auch für kleine und mittlere Städte.

Der Reichsernährungsminister hat in einem Schreiben
darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen zur Beschrei-
fung des Brotpreises durch Abgabe von Roggen aus den
Beständen der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft nicht
grundsätzlich auf Großstädte beschränkt sind. Vielmehr kön-
nen hierfür auch kleine und mittlere Städte vorwiegend
industriellen Charakters in Betracht kommen.

Die Maßnahme muß aber durch die örtliche Veror-
dungsstelle unter Berücksichtigung der örtlichen Roggen- und
Voggenmehlpreise geboten sein und dazu dienen, um ein-
getreten oder bevorstehenden Brotpreiserhöhungen ent-
gegenzuwirken. Insbesondere soweit damit die nach der
Beschleunigung Ende vorigen Jahres eingetretenen
Preise überstritten werden. Eine weitere Voraussetzung ist,
daß diese Beihilfe des Breites nach Lage der Sache auf
andere Preise (z. B. Ermäßigung etwa erhöhter Span-
nen) nicht erreicht werden kann. Die

Prüfung und Vorentscheidung

darüber, ob die Voraussetzungen für ein Eingreifen gegeben
sind und welche Gemeinden innerhalb eines Landesgebietes
einbezogen werden sollen, liegt in erster Linie bei der zu-
ständigen Landesregierung mit der Maßgabe, daß sich der
Reichsernährungsminister die endgültige Entscheidung über
die von der Landesregierung vorgelegten Anträge vorbehal-
ten hat.

Sowjet-Kapitalismus?

Eine Aufsehen erregende Volschaffer.

Als Moskau kommt die alarmierende Kunde: Stalin,
der Allmachtige, verbindet Abkehr vom Kommunismus,
Ende der Volschaffer, Ende der Fünfjahresperiode, ver-
bindet gewissermaßen den Sowjet-Kapitalismus, Welt-
politik und Weltwirtschaft horden auf, denn wenn die Nach-
richten darüber richtig sind, dann würde die Abkehr von den
bisherigen kommunistischen Methoden, die Aufnahme eines
regelmäßig kapitalistischen Wirtschaftspolitik nicht ohne Rück-
wirkung auf die Wirtschaftslage der kapitalistischen Welt-
wirtschaftsgebiete bleiben können.

Die Rede, mit der Stalin so großes Aufsehen erregt,
ist gehalten auf einer Konferenz der führenden Wirtschaft-
Sowjetrußlands, bei der der Sowjetzart den neuen wirt-
schaftspolitischen Kurs Rußlands verkündete. An die Spitze
dieser Programmierung des Sowjetzartes steht die For-
derung der vollen Durchführung differenzierter Löhne für
qualifizierte und nichtqualifizierte, für schwere und für
leichte Arbeiten. Den Arbeitern soll ein Anreiz durch wirt-
schaftlichen Aufstieg gegeben werden.

Das bedeutet das Ende der Volschaffer, die ge-
wissermaßen die Grundlage der kommunistischen Wirt-
schaftsordnung darstellte.

Stalin geht weiter. Er verlangt eine vollständige Her-
anziehung der geistlichen Kräfte auch der alten bürgerlichen
Welt und erklärt, daß man sich nicht mehr jeder „Spe-
zialisten“ der alten Schule als einen „Abotener“ ansehen
dürfe. Und schließlich fordert er die Abkehr von der Fünf-
jahresperiode und die Rückkehr zur feststehenden Arbeitsmode,
an die ein gemeinsamer freier Aufstieg für die gesamte
Bevölkerung folgen solle.

Wer die wirtschaftspolitische Entwicklung Rußlands
aufmerksam verfolgt hat, der wird in diesem aufsehen-
erregenden Manifest in gewissem Sinne eine Bankrot-
erklärung des bisherigen Sowjetkommunismus erblicken.
Die Abkehr von der Fünfjahresperiode bedeutet politisch viel
mehr. Sie bedeutet nämlich den Verzicht auf die benötigte
Zerstückelung der Familie als Kulturfaktor der Staatspolitik.
Das Ergebnis ist die Fünfjahresperiode hat den famili-
enmitgliedern keine Möglichkeit mehr gelassen, gemein-
same „Feiertage“ zu begehen, denn jeder hatte an einem
anderen Tage Arbeitsruhe. Aber dies nur andeutungs-
weise.

Der Verzicht auf die Volschaffer zeigt, daß man
auch in Sowjetrußland zu der Einsicht gekommen ist, daß
jede Mitterstellung der wirtschaftlichen Aufbau möglich,
wenn die Volschaffer und Arbeit langsam wird. Wo aber die
Löhne nicht mehr gleich sind, da ist die Frage der differen-
zierten Kapitalbildung wieder von neuem gestellt. Was
Stalin verkündet, ist also nichts anderes als die Umwand-
lung des Sowjetkommunismus in einen Sowjetkapita-
lismus.

Zum Kieler Besuch der Engländer.

Die Segelregatten der deutschen und englischen Kriegsschiffe
wurden zu Ende geführt. Der Chef der Offize-Station, Ad-
miral Hansen, verteilte die Siegerepreisen und gab dabei in einer
kurzen Ansprache seiner Freunde darüber Ausdruck, daß sich die
beiden Nationen auf ihrem ureigensten Element, dem Wasser, zu
riedeligen Kampf zusammenfinden haben. Wenden gab Ad-
miral Hansen in der „Seeburg“ ein Glas für die englischen
Bäste, bei der der Gastgeber und der englische Admiral Fleet
Rushpon Trimpridge ausbrachten. An das Glas schloß sich ein
Empfang mit Tanz an. Zu gleicher Zeit hatte die Offiziersmesse
Vinschiffes „Hellen“ die Offiziere des Kreuzers „Moritz
Hire“ eingeladen, während die Offiziere des Kreuzers „Moritz“
auf dem Kreuzer „Königsberg“ zu Gast waren.

Gegebenheit deutscher Kriegsschiffe in England.

Der englische Besuch soll in der Zeit vom 1. bis 8. August
durch deutsche Kriegsschiffe erwidert werden. Wahrscheinlich
werden die Kreuzer „Karlshöhe“ und „Königsberg“ nach Portsmouth
ziehen. „Daily Herald“ meldet, daß der englische Admiral die Ein-
ladung zum Besuch deutscher Kriegsschiffe in England offiziell
übergeben werde. Man behauptet, daß die Reden bei den ersten
offiziellen Gassen auf Wunsch des englischen Admirals nicht ver-
öffentlicht worden seien. Der deutsche Admiral Hansen habe ihre
Bereitsichtigung gemüßigt.

Die Altersgrenze für Richter.

Dem Beamtenspruch des preussischen Landtages lag u. a.
ein Antrag auf Wahrung eines Gesetzentwurfes vor, wonach
die Altersgrenze für Richter von 65 auf den 68. Geburtstag
heraufgesetzt werden soll. Der Antrag wurde, nachdem er bei einer
früheren Beratung des Hauptausschusses angenommen, vom
Landtag nach zu erneuter Beratung dem Aufsicht zurückverwie-
sen worden war, nunmehr zum Hauptausschuss mit den Stimmen
der Regierungsparteien abgelehnt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 8. Juli 1931

* Die Kreisynode des Kirchenkreises Remberg fand am 7. d. Mts. im Saale der „Goldenen Weintraube“ statt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden, Superintendenten Bettram, und Verpflchtung der neu eingetretenen Synodalen erlaterte der Superintendent den Bericht über die Tätigkeit des Kreisynodalvorstandes. Unter den von ihm behandelten Gegenständen sind hervorzuheben die Festhaltung des Wortlautes für das in alle evangelischen Haushaltungen des Kirchenkreises getragene Flugblatt betreffend Festhaltung des Kartreitag, die Einrichtung einer Nachmittags- und Verbreitungsstelle für den Kirchenkreis, der Wechsel in der Schriftleitung des Heimatblattes, das jetzt von Pfarrer Schulz-Radis herausgegeben wird, die Verhandlungen hinsichtlich der Übernahme des Ausgabebedarfes der Kirchenkassee auf Kosten der politischen Gemeinden, worüber eine endgültige Entscheidung noch nicht hat herbeigeführt werden können. Der Rechnungsausschuß der Kreisynode hat in einer Reihe von Sitzungen sich mit dem kirchlichen Rechnungswesen einer Gemeinde ausgiebig beschäftigt.

Nach einer kurzen Aussprache, in der die gute Wirkung des Kartreitag-Flugblattes betont wurde, gab der Superintendent den Bericht über die religiösen, kirchlichen, sittlichen und sozialen Zustände und Verhältnisse im Kirchenkreis. (Der Bericht wird in unserm Heimatblatt veröffentlicht werden.) Eine reichhaltige Aussprache beschäftigte sich besonders mit der im Bericht erwähnten neuen Ordnung des kirchlichen Lebens. Es wurde anerkannt, daß die Einführung dieser neuen Ordnung auf erhebliche Widerstände in den Gemeinden nicht gefolgt sei, wenn auch manche Gemeinden nicht ohne Bedenken, besonders hinsichtlich der von ihrer alten Sitte abweichenden Trauungsordnung, der neuen Ordnung zugestimmt hätten. Der Bericht war weiter eingegangen auf die Teilnahme möglichst beider Eltern an der Taufe ihrer Kinder, Schädigung des gottesdienstlichen Lebens durch gegendliche Einflüsse, Förderung der Kirchlichkeit von Seiten nachrückender, aber kirchenfreundlicher Vereinigungen, auf das Provinzialmissionfest in Wittenberg und seine Auswirkungen in unserm Kirchenkreis herein. Der Kartreitag in Vorzug, der diesmal der Jugend galt, war gut besucht. Besondere Beachtung erforderte die Gewerbeschule und ihr Einfluß auf das sittliche Empfinden. Es ist zu begrüßen, wenn die kirchlichen Gelegenheiten haben, durch Ausföhrung notwendiger Bauarbeiten, wenn auch nur in bescheidenem Maße, Arbeitsgelegenheit zu bieten.

Nach der Vorprechung hielt der Synodale Pfarrer Laffon-Notia einen ausführlichen Vortrag über den vom Evangelischen Konfessorium zur Verhandlung gestellten Gegenstand: „Wie wird das neue Gesetzbuch am besten und schnellsten in unsern Gemeinden und Häusern heimlich gemacht?“ (Wir kommen auf den Vortrag und die sich anschließende Vorprechung noch kurz zurück.)

Es folgten die Berichte der Synodalvertreter für Jugendarbeit, für Heimmission und für den Evangelischen Bund. Der Synodalredner berichtete über das kirchliche Rechnungswesen im Kirchenkreis, der Synodale Melwig über den Stand der Synodalasse, worauf dem Synodalredner Pfarrer Schulz-Verwilt Entlastung erteilt und der Haushaltplan der Synode für das Rechnungsjahr 1931/32 genehmigt wurde. Ein Antrag auf Wegfall der Wegegebühren und Tagesgelder für die Synodalen wurde abgelehnt, da diese Gebühren lediglich die Erstattung barer Auslagen darstellen, die den Synodalen durch ihre Teilnahme an der Synode erwachsen.

Schluß der Synode gegen 14 Uhr.

Ep. Die Provinzialynode tritt zusammen. Wie der Evangelisch-Soziale Vorkerband für die Provinz Sachsen erklärt, wird die Sächsische Provinzialynode zu ihrer nächsten ordentlichen Tagung am 23. September zusammenzutreten. Die Dauer der Verhandlungen ist auf ungefähr 10 Tage berechnet.

* **Scharfes Vorgehen gegen das sogenannte „Rännen“ der Blaubeeren.** Es ist wiederholt festgestellt worden, daß wilde Beerenjäger jetzt die Blaubeeren mit Rämmen abreißen, dadurch wird dem Wald großer Schaden zugefügt. Durch das Rämmen wird auch die Beerenplanze gelodet und verodnet oft in kurzer Zeit. Die Forstbeamten sind deshalb angewiesen, gegen derartige wilde Beerenjäger unumwunden vorzugehen und ihnen das weitere Verreten des Waldes zu unterlagen.

Ep. **bleibt euren Heimatblatt treu!** Aufzue des Evangelisch-Sozialen Vorkerbandes für die Provinz Sachsen. Der Evangelisch-Soziale Vorkerband für die Provinz Sachsen erklärt von seiner Vorstandssitzung in der Auferbarth Wittenberg, wo er sich mit Vorkerbanden ausführlich beschäftigt hat, folgenden Wunsch an die evangelischen Zeitungsleser der Provinz Sachsen: „Es ist Notzeit in deutschen Landen. Wir fühlen das gerade auch in der Provinz Sachsen Tag für Tag härter. Gewiß müssen wir uns einschließen, aber das darf nicht Unlust werden, bei den Kulturwerten radikal abzubauen. Wir glauben, daß das Heimatblatt ein wertvolles Bildungsmittel für die evangelische Familie ist und bitten, gerade dem Heimatblatt die Treue zu halten. Glaube und Heimat werden zusammen. Von den tiefsten Kräften der Heimat aus werden wir die Mäe der Gegenwart für eine bessere Zukunft überwinden. Bleibt der Heimatzeitung treu!“

Ep. **Ein Denkmäl für Stanislaus Sinterewski.** In der Kapelle des Wittenberger Friedhofs vereinigen sich zahlreiche Mitarbeiter und Freunde des vor zwei Jahren verstorbenen langjährigen Direktors und Vorkerbandes des Evangelisch-Sozialen Vorkerbandes für die Provinz Sachsen zu einer feierlichen Gedenkfeier, die der inگذlichen erfolgten Aufstellung eines würdigen von Prof. Marck, Graf, entworfenen Grabmals galt. Prof. Dr. E. Gehlert, der gegenwärtige Vorkerband des Vorkerbandes, würdigte das Gedenkwort von Sinterewski, der aus einem nationalpolitischen Katholiken zu einem überzeugten deutsch-evangelischen Christ geworden ist und die Begründung und den Ausbau planmäßiger Öffentlichkeitsarbeit, wie sie

heute auf verbreiteter Basis von den deutschen evangelischen Kirchen geleistet wird, bahnbrechend und beispielgebend gewirkt hat. Ferner wurden Ansprachen gehalten und Kränze niedergelegt von Vertretern des Evangelischen Vorkerbandes für Preußen, des Evangelischen Konfessoriums und Provinzialkirchenrats des Vorkerbandes der Frau. Schaben, dem Landesverband Mitteldeutschland im Reichsverband der Deutschen Presse, Kirchenkreis und Kirchengemeinde Wittenberg, sowie von Verwandten und persönlichen Freunden. — Der Grafstein trägt die Inschrift: „Und was Ihr hört in das Ohr, das redet auf den Dächern.“

* **Testamente sind eigenhändig zu schreiben.** Es ist eine irrige Auffassung, daß Testamente von dem Erblasser nur unterzeichnet werden müssen. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch muß der Text des Testaments, Ort und Datum, sowie die Unterschrift vollständig eigenhändig vollzogen werden. Auch bei gemeinschaftlichen Testamenten, wie sie bei Eheleuten üblich sind, muß, wenn der eine Erblasser das Testament unterschrieben hat, der andere eine vollständig eigenhändig geschriebene Erklärung darunter setzen, wonach das Testament auch für ihn gelten soll. Auch hier ist Ort, Datum und Unterschrift eigenhändig zu vollziehen. Werden diese Bestimmungen nicht eingehalten, so ist das Testament unglültig, und es tritt dann das gesetzliche Erbrecht ein, das in manchen Fällen von unbeabsichtigten und unangenehmen Folgen sein kann.

— **Unglügliche Wohlfahrtsarbeiten.** Wie im Amtsblatt des Reichspostministeriums bekanntgemacht wird, verließen die am 1. November 1930 ausgesendeten Wohlfahrts-Arbeitszeugnisse mit Süddeutschen Ende Juni 1931 ihre Bestimmung. Nicht verbrauchte Wohlfahrtszeugnisse werden nicht umgetauscht.

* **Düben.** (Die Schulen des Dübener Bürgermeisters.) Im Preussischen Landtag ist eine kleine Anfrage des Abgeordneten Hellwig (Wirtschaftspartei) eingegangen, die sich mit dem Fall des Dübener Bürgermeisters beschäftigt und in der es u. a. heißt: Der Bürgermeister der Stadt Düben (Milde), Jaström, genießt seit Jahren in der dortigen Bürgerchaft nicht für sein Amt unbedingt erforderliche Ansehen, da seine vielen Privatgeschäfte der Dübener Bürgern und bei privaten Gläubigern der engeren und weiteren Umgebung ihr weit und breit unbekannt gemacht haben. Er hat bereits den Offenbarungseid geleistet, und sein Gehalt ist 19mal gepfändet. Daher spricht man allgemein nicht mehr von dem „Bürgermeister“ sondern von dem „Vorkermeister“ von Düben. Beiwörden, die aus den Kreisen der Bürgerchaft an den Regierungspräsidenten in Merseburg gerichtet worden sind, blieben erfolglos, da der Regierungspräsident ein Einschreiten mit der Begründung ablehnte, daß es sich nur um Privatangelegenheiten des Bürgermeisters handle. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, die sofortige Amtsenthebung des Bürgermeisters von Düben zu veranlassen? Willigt es den Standpunkt des Regierungspräsidenten, daß die so übermäßige Verschuldung eines Bürgermeisters eine „Privatangelegenheit“ ist? — Wie das Nachrichtenbüro des WZ. hierzu von maßgebender Stelle hört, ist diese Angelegenheit bereits seit einiger Zeit Gegenstand der Untersuchung der Ausschichtsbehörden. Die Ausschichtsbehörden haben zwar die Wünsche, einen Bürgermeister zu bestrafen, nicht aber diejenige von der Stadtovernehmung gewählten Beamten abzugeben. Die frivole Entlassung eines Beamten ohne jedes Verfahren legt seine Verurteilung zu mindestens 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist voraus.

* **Wieseritz, 3. Juli.** (Anglerglück.) Gestern früh machte ein heftiger Angler einen guten Fang. Es ging ihm ein Belz von fast 11 Meter Länge und einem Gewicht von 24 Pfund an die Hechtstange.

* **Diplomnachhof befristet Dienstentlassung.**

Benedenstein (Sarg). Der Diplomnachhof für die nicht-richterlichen Beamten hat die Berufung des Lehrers Paul Meier aus Benedenstein in gegen das Urteil des Diplomnachrichtsgerichtes bei der Regierung in Erfurt verworfen. Damit ist das Urteil des Lehrers Meier mit Dienstentlassung unter Zulassung einer Unterfertigung in Höhe von fünf Fehlnetz des geleisteten Nachschubs auf die Dauer eines halben Jahres befristet, rechtskräftig geworden. Meier war stellvertretender Leiter der Ortsgruppe Benedenstein der NSDAP, und hat sich für sie öffentlich als Redner und Organisator betätigt.

* **Steinhagen auf ein Polizeiauto.**

Magdeburg. Einige Offiziere der Bürger Polizeischule waren nach einem Aufenthalt in Magdeburg in einem Personentrafwagen nach Burg zurückgefahren. In der Nähe von Herrobsberge wurde ein Angriff auf das Auto unternommen. Ein Hagel von teilweise faulstinken Steinen prasselte gegen das Auto, so daß die Fenster des Wagens in Trümmer gingen. Der Chauffeur und ein Polizeioffizier wurden leicht verletzt. Die Täter konnten nicht gefast werden.

* **Provinzialbundesstellen in Eilenburg.**

Eilenburg. Der Schüligenbund der Provinz Sachsen, der Präslanten W h a l t und R a u n s h o l z, der auf 72 Jahre seines Bestehens zurückzusehen, hält in diesen Tagen in Eilenburg sein 86. Provinzial-Bundesstellen ab.

Der Provinzial-Schüligenbund wurde am 10. Mai 1859 in Magdeburg von 19 Schüligenorganisationen gegründet, heute gehören dem Bund rund 100 Vereine mit etwa 5000 Mitgliedern an. Damit steht der Provinzial-Schüligenbund Sachsen-Anhalts-Vorkerband als Bezirksverband an fünfter Stelle innerhalb des Deutschen Schüligenbundes.

Nach einem Kommerz am Samstagabend fand am Sonntag vormittag die große Festtag und Teilnahme einer großen Zahl auswärtiger Schüligen statt. Am Nachmittag begann dann das Speisestückchen. Daß sich daneben ein lustiges Treiben auf dem Festplatz entwickelte und die ganze Stadt auf den Beinen war, versteht sich.

Die Schüligenstage dauern noch die ganze Woche hindurch.

* **Durch die geschlossene Schranke gefahren.**

Bad Kösen. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Auto durch die geschlossene Schranke. Der Fern-D. Zug 70 mußte daher vor dem Einschlag des Bahnhofs angehalten werden, bis der Überweg geräumt war. Verletzt wurde niemand.

* **Friedburg (Unfall).** Die hiesige Steinmehndufabrik ist zur Zeit außer Bestätigung. Eine große Zahl arbeitsloser Steinmehner haben bis zum Herbst volle Arbeit. Der Stein wird zur Zeit für ein Berliner Hofbaus geliefert, das mit Freyburger Aufschlüssen versehen wird.

* **Sprengstoffattentat auf die Wertschön der Mansfeld U. G.**
500 Mark Belohnung.

Eisleben. Am Sonnabend abend, kurz nach 11 Uhr, wurde an der Wertschönbahn der Mansfeld U. G., zwischen Oberblöße und Söbenthal, kurz nachdem der letzte Arbeiter mit rund 300 Verletzten die Stelle verlassen hatte, ein Sprengstoffattentat verübt. Der Sachschaden war gering und ist bereits beseitigt. Verletzt wurde niemand. Die Mansfeld U. G. hat für die Ermittlung der Täter 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

* **Neueinstellungen bei häußlichem Zuhuf.**

Magdeburg. Eine hiesige Aktiengesellschaft hat sich bereit erklärt, 70 bis 80 Wohlfahrtsarbeiter zu neu einstellen, wenn die Stadt auf 26 Wochen einen bestimmten Zuhuf an die Firma stellt. Nach dem Betriebsrat und Gewerkschaft ist mit dem Abschluß eines dementsprechenden Vertrages einverstanden erklärt haben, daß der Magistrat seinerseits ebenfalls die Zustimmung zu dem Vertragsabschluß.

* **Es brennt in einem Gasthof.**

Markttröhlig (St. Auerfurt). In dem Gasthof „Zur Quelle“ brach Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete und auch auf die Scheune und Stallungen übergriff. Der Feuerwehrgang es nicht, den Brand zu löschen, so daß neben dem Gast- und Wohnräumen auch der Tanzsaal sowie die Scheune und Stallungen eingestürzt wurden. Das Feuer soll von kleinen Kindern angelegt worden sein. Der entstandene Schaden ist sehr groß.

* **Tod im Bergwerk.**

Zwickau. Auf dem Tiefbauhacht des Erzgebirgischen Steinlohen-Aktienvereins wurde am Sonnabend morgen der 54-jährige Zimmerling Johann P r e s s e l aus Z w i c k a u beim Verladen eines Schüttelbrunnens von hereinbrechenden Erdmassen erschlagen. Ein Heizer und zwei weitere Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der tödlich verunglückte Zimmerling hinterließ Frau und vier Kinder.

* **Nonnengefahr im Vogland.**

Blauen i. B. Wie nach dem schon im vorigen Jahr teilweise führten Auftreten der Nonne zu erwarten war, hat nach einer Mitteilung der Amtsaupmannschaft die Verbreitung der Nonne in diesem Jahr in manchen Wäldern des Vogtlandes bereits einen bedenklichen Umfang angenommen. Von den betroffenen Forstverwaltungen sind energische Gegenmaßnahmen ergriffen worden, um für das nächste Jahr einen schmerzlichen Weg zu vermeiden. Die Amtsaupmannschaft wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, sich zur Erhaltung des vogtländischen Waldes an der Bekämpfung der Nonnengefahr zu beteiligen, namentlich durch Vernichtung der von Mitte Juli bis Ende August schwärmenden Nonnenfliegen.

* **Die Fischen werden ihm teuer!**

Blauen i. B. Auf der Staatsfräse Elsterberg-Blauen hatte in der Nähe von Schöpsdreh ein Fischweiber beobachtet, daß ein Kraftwagenführer von einem Baum Äste mit Ähren abriß. Er fuhr mit seinem Fahrrad dem Kraftwagen entgegen und legte das Rad vor dem laufenden Kraftwagen auf die Straße, um die Veranlassung des Führers zu erfahren. Dieser fuhr aber seinen Weg in Gang. Das Rad klammerte sich an der Vorderachse fest, so daß der Wagen unlenkbar wurde und etwa 60 Meter weiter an einem Straßenbaum fuhr, der völlig gelodert wurde. Das Rad war zertrümmert und der Kraftwagen schwer beschädigt, so daß er abgeschleppt werden mußte.

* **Der Bürgermeister verübt Selbstmord.**

Mügeln (Bez. Dörfing). Der Bürgermeister Wiesner in benachbarten Reichenbach hat sich in der Nacht zum Sonntag in seiner Wohnung erhängt. Wie verlautet, hat Wiesner Geld der Siedlungs-Gesellschaft unterliegen. Auch soll er sich an Müngelern und der Gemeindefische vergiffen haben. Es handelt sich um Unterschlagungen in Höhe von fast 4000 Mark. Vor der Tat hatte Wiesner seine Frau zu Belohnungen nach Müngeln geschickt.

* **Eine Räuberbande unerschütterlich gemacht.**

Schl. Wegen gemeinschaftlichen Straßenraubes wurden der Wächlerin Erich M e r z e l, der Arbeiter Max B i e t e r und der Fischer Karl S a r t u n g, alle aus Schl., im Alter von 20 und 21 Jahren, verhaftet. Sie gestanden, am Rempelberg, in der Nähe von Reichenbrunnen einen Berliner Kurgast überfallen und beraubt, in Schl. einer einzelnen Dame die Handtasche entrisen und weiter an einem Einbruch teilgenommen zu haben. Man glaubt bei den Verhafteten die Bande erwischt zu haben, die schon längere Zeit den Thüringer Wald unsicher gemacht hat.

* **Schiele soll helfen**

Weimar. Der erste Vorsitzende des Thüringer Landbundes, Staatsminister Bau u. richte, an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. S c h i e l e ein Schreiben, in dem mitgeteilt wird, daß sich der Thüringer Landbund mit der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft beschäftigt habe und die größte Sorge um die Erhaltung des deutschen Bauernstandes äußert. Aus dieser Sorge heraus richte der Thüringer Landbund an den Minister die dringende Bitte, unverzüglich Maßnahmen durchzuführen, um die Erhaltung des Bauernstandes notwendig sind. Die Verhältnisse auf dem Gebiete der bäuerlichen Landwirtschaft in Thüringen hätten einen trübsamen Zustand erreicht. Nur sofortige Hilfe könne noch Rettung bringen.

Auf dem Gebiete der Getreidemittelfahrt, so heißt es in dem Schreiben weiter, sind die Hoffnungen auf eine erträgliche Bewertung der Ernte durch die neuerlichen Maßnahmen zerfallen.

Der Landwirt kann nicht verstehen, daß seine unter allerhöchsten Verhältnissen gemachten Anstrengungen wiederum ungenügend, innerpolitischen Forderungen geopfert werden sollen.

Bleiben die bisher zur Sicherung der Getreidemittelfahrt getroffenen Maßnahmen zur Regelung der inneren Markthaltigkeit gelodert und der handelspolitische Schutz durchbrochen, so muß die bereits erschütterte Getreidemittelfahrt zusammenbrechen.

Die Thüringische Landwirtschaft hat wiederholt Ihnen, Herr Minister Schiele, die Beweise größten Bedauerns entgegengebracht. Sie erwartet heute in Ihrer höchsten Not von Ihnen die Hilfe, die den landwirtschaftlichen Verhältnissen, aus dem Auswegang, besorgt.

Ein zusammenfassender Bauernrat muß die allgemeine Wirtschaftslage noch mehr vertärken. Es bedeutet eine schwere nationale Gefahr, wenn der Bauer seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann und ihm die Existenzgrundlage zerfällt.

Heimsuchung durch Gewitter.

Neue Unwetterkatastrophe im Werra-Tal.

Das vor kurzem durch ein schweres Unwetter verwüstete Gebiet im Werra-Tal wurde erneut von zwei schweren Gewittern heimgelacht. Im breiten Strömen fließ das Wasser zu Tal und verflammet die nach dem letzten Unwetter neubepflanzten Äcker. Felder und Gärten wurden verflücht, desgleichen die erst zum Teil ausgeheilten Straßen. Viele Bäume wurden entwirzt. Das Obst ist reflex abgehäutet. Zahlreiche neue Bepflanzungen sind eingetreten. Von vielen Dächern wurde die Ziegel herabgerissen. Die Bewohner sind der Verzweiflung nahe. Durch die letzte Katastrophe ist die Not ins Unergründliche gestiegen.

Schwere Wetter im sächsischen Erzgebirge.

Ueber der Gegend von Johann-Georgenstadt entlud sich ein außerordentlich schweres Unwetter, das von einem wolken- und richtigen Regen begleitet wurde. Die Wälder vermachten die riesigen Wassermengen, die Brücken und Häuser zerriß, nicht zu fassen und die sonst so ruhige Schwarz- wasser wurde ein reißender Fluß. Das Mittagstal und das Wehngabtal bildeten einen einzigen See.

Im Fehmer Grund wurde das Haus des Arbeiters Hänel weggerissen, wobei der Besitzer unter den Trümmern seines einfallenden Hauses begraben wurde. Seine Kinder werden vermißt. Ob sie ebenfalls ein Opfer der Fluten geworden sind, steht noch nicht fest. Der ganze Eisenbahnverkehr ist infolge Dammbrüches lahmgelegt. Die Stadt ist ohne Licht. Telefon- und Telegraphenleitungen sind fast beschädigt.

Auch Schwarzenberg schwer heimgelacht.

Die Stadt Schwarzenberg wurde von einem Hochwasser heimgelacht, wie es wohl im gesamten Erzgebirge noch nicht zu verzeichnen war, und das die gewaltigen Naturkatastrophen von 1907 und 1895 in den Schatten stellt.

Die Eisenbahnlinie Schwarzenberg Johann-Georgenstadt wurde von Wasser unterläuft. Die Züge blieben auf der Straße stehen. Wassermaßen wälzten sich in einer Breite von etwa 60 Metern durch das Tal, wobei die hohen Ufermauern teilweise hinab ins Wasser stürzten. Die Stoffkraft des Wassers war so stark, daß ein mächtiges Gollager weggeschwemmt und das wertvolle Maschinenmaterial vernichtet wurde. Das Wasser fand in den Arbeitsräumen des Sauerstoff-Wasser- loch- Werkes methodisch. Im unteren Stadteil wurde das Straßensystem aufgerissen, und das Wasser drang methodisch ein. Die Feuerwehr mußte Personen aus ihrer schlimmsten Lage befreien. Der angerichtete Schaden ist noch nicht abzuschätzen.

Das Wasser fließt immer weiter, und mit einer unheimlichen Gewalt suchte sich das über die Ufer getretene Element seinen Weg.

Schönwalde. (Abbruch des Schulfestes wegen Unwetters.) Das Schulfest war auf den letzten Sonntag gelegt. Fadelzug und Auszug konnten jedoch zur Durchführung gebracht werden. Als die Spiele auf der Wiese beginnen sollten, legte ein starkes Gewitter ein, das den Abbruch des Festes notwendig machte. Das Schulfest wurde darum auf Montag verlegt.

Glöden. (Windhose über Glöden — Panik auf dem Schulfestplatz.) Das gefräßige Schulfest in Glöden nahm einen schrecklichen Ausgang, wie man ihn wohl noch nie erlebt hat. Die dröhnende Säge brachte erwartungsgemäß ein Gewitter mit sich, das an sich leicht war. Aber ein furchtbarer Sturm und ein wolkenbrudriger Regen waren die Begleitergeheimnisse. Wie eine Windhose piff der Wind plötzlich über den Festplatz hin und legte alles um, was im Wege stand. Die Glöden fielen wie Kartenhäuser um. Ein kräftiger Baum, unter dem man vor dem Regen Schutz suchte, wurde entwirzt und in der Mitte durchgebrochen. Wie ein Wunder blieben die darunter stehenden Menschen von jeder Verletzung verschont. Der Sturm war von kurzer Dauer, während der wolkenbrudriger Regen fast zwei Stunden anhielt. Der Schaden ist groß. Verhegte Leute schalteten jedoch die elektrischen Leitungen rechtzeitig ab, so daß größeres Unglück vermieden wurde. Es ist überhaupt von großem Glück zu sprechen, daß bei dieser Panik, die einsetzte, niemand verletzt wurde. Das Unwetter reichte bis an Schöberg heran, Schöberg selbst blieb verschont. Auch der Erzgebirge bei Glöden ist beträchtlich, da bis auf die Weizenfelder fast alles umgelegt wurde. Das Wetter zog an der Elbe entlang, gegen 6 Uhr abends ging ein ähnlicher Regen über Wittenberg nieder.

Warenmarkt.

Mittagskörbe. (Mittlich.) Getreide und Delfaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Markt, 251-252 (am 6. 7.: 249-250). Roggen Markt, 190-195 (201-203). Branntgerate — (—). Futter- und Anfuhrgetreide 165-194 (165-196). Hafer Markt, 150-156 (147-153). Mais loco Berlin — (—). Weizenmehl 31-36,25 (31,75-36,25). Roggenmehl 27-29,75 (27,25-30). Belianermehl 12,50-12,75 (12,50-12,75). Roggenmehl 11,25-11,50 (11,25-11,50). Haas — (—). Weizenkaffee — (—). Viktorienarben 26-31 (26-31). Aineu Weizenkörner — (—). Futtermehl 19-21 (19-21). Weizenkörner 29-30 (26-30). Weizenkörner 19-21 (19-21). Weizen 24-26 (24-26). Weizen 16-17,50 (16-17,50). gelbe 22-27 (22 bis 27). Serrabella neu — (—). Rapssamen 9,30 bis 9,80 (9,30-9,80). Weizenkörner 13,60-13,80 (13,60 bis 13,50). Weizenkörner 7,50-7,70 (7,50-7,70). Weizenkörner 12,60-13,80 (12,50-13,30). Kartoffelflocken — (—).

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 6. Juli.

Klasse	heute		vorher	
	Stück	Preis	Stück	Preis
Kühe	1	46-48	2	48-51 50-54
	2	40-45	3	44-47 45-49
	3	—	4	40-43 38-44
	4	—	5	—
Bullen	1	40-44 38-40	2	45-49 45-48
	2	35-39 35-37	3	37-42 37-42
	3	—	4	32-36 30-36
	4	—	5	—
Kälber	1	36-38 34-38	1	40-42 41-42
	2	31-35 30-33	2	42-43 42-43
	3	27-30 27-29	3	42-44 43-44
	4	23-26	4	40-42 40-42
Schweine	1	42-46	5	36-39
	2	38-41	6	—
	3	—	7	40-42

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Statistisches Amt zu Remberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Juni d. J. ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 290,1 Mill. RM auf 2589,3 Mill. RM angewachsen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 162,4 Mill. RM auf 3726 Mill. RM vermehrt. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 40,4 % gegen 45,1 % in der Vormode.

Für die allgemeine Wirtschaftslage vertritt der Hoover-Plan von großer Bedeutung zu werden, da er besonders geeignet erscheint, die Vertrauenskrise zu entspannen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Verhandlungen recht bald zu einem positiven Abschluß führen.

Die Reichsbankberichte für die Lebenshaltungskosten belaufen sich für den Durchschnitt des Monats Juni auf 137,8 gegenüber 137,3 im Vormonat. — Die auf den Stichtag des 24. 6. 31 berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes betrug 112,8 gegen 112,2 am 17. Juni d. J. An der Erhöhung sind die Änderungen aller Hauptgruppen mit Ausnahme der für industrielle Fertigwaren beteiligt.

Die Zahl der Insolvenzen hat sich im Juni gegenüber dem Vormonat von 1611 auf 1681 erhöht. Im einzelnen betrug die Zahl der Konkurse 1034 (im Vormonat 956), die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren 647 (im Vormonat 655).

Die saisonmäßige Besserung am Arbeitsmarkt macht nur langsame Fortschritte. In der Landwirtschaft wurden teilweise noch Arbeitskräfte angefordert, ebenso in der Industrie der Steine und Erden. Aufstufungen sind in der Beschäftigungsbranche besonders in der Metallindustrie und im Baugewerbe.

Kirchliche Nachrichten.

Rotta.

Heute Mittwoch Sitzung der kirchl. Körperschaften um 8 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 13. Juli, 12 Uhr findet die Verpachtung der **Leffel- und Kirchennutzung** an der Straße Dorna-Merkwitz und Remberg-Treich im Gohlth. Zur goldenen Weintraube in Remberg statt. Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Wohnung

zum 1. August zu vermieten
Reinhold Müller, Anhalterstr. 39

Gicht- und Rheumakranke!
können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch Carl Baders **Winaisalfalbe**. Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei Gicht, Rheuma, Sclerias, Nervenleiden. Schmerzstillend u. heilend Wirkung überaus schnell. Zahlreiche Dankbriefe von Geheliten.
Preis 1,50 u. 3.— RM.
Apothek Kemberg.
Apothek Bad Schmiedeberg.

Einkoch-Gläser

in allen Größen
Safflaschen
Einkoch-Apparate
Gummiringe
Salzylpapier
Glashaut
empfiehlt **Richard Arnold**

Jeden Mittwoch Schlachte - Fest

Gehacktes u. frisch. Wurft
ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Meinel
Wittenberger Str. 2

Achtung! Hausfrauen von Kemberg und Umgegend!
Morgen Donnerstag
Der große Schlager!
hiesige Land- Salatgurken
4 u. 5 Stück 60 Pf.
zum Ausuchen
Herz- und Beirufischen
zum Einwickeln
Tomaten, 3 Pfd. 85 Pf.
Bananen, Blumenohl
neue Kartoffeln
neue saure Gurken
6, 8, 10 Stück 50 Pfennig
Matjesheringe
4 und 5 Stück 50 Pfennig
Gustav Bernhardt, Eilenburg

Johannisbeeren

verkauft
Saft, Weinbergstraße

Gärflaschen

in allen Größen
im Gebrauch praktischer und haltbarer als Glas, eignen sich auch vorzüglich zum Einlegen von **Gurken und Frischem**
empfiehlt **Läpferei Lubast**

Heute neu:

Deutsche Modenzeitung
Beyers Modenblatt
Vobachs Modenzeitung
fürs deutsche Haus
Wiener Record
Die Gartenlaube, Daheim
Die Woche
Wahre Romane
Wahre Geschichten
Wahre Erzählungen
bei
Richard Arnold
Leipziger Straße und Markt

Schützenhaus

Sonntag abend ab 7 Uhr
Großer Ball
Stimmung wie immer
durch die Hauskapelle
Eintritt und Tanz 50 Pfg. div. Ueberraschungen



Gold-Weintraube

Voranzeige
Sonntag, den 12. Juli

Tanzmusik

Waldbaus, Niemiß'
Sonntag abend

Aktenaschen

empfiehlt **Richard Arnold**

Füllfederhalter

empfiehlt **Richard Arnold, Leipziger Str.**
M.-T.-V.
Morgen Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Ralmbaum

Bersammlung

Erscheinen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand
Jeden Donnerstag von 7-9 Uhr
Schwimmabend
aller Abteilungen.
Der Schwimmwart

Waterland. Frauenverein

Sonntag, den 12. Juli
Ausflug nach Niemiß
Treffpunkt 1/3 Uhr am Bahnhof.
Feldbesuche mit Auto 1/3 Uhr vom Markt aus, pro Person 30 Pfennig.
Frau Archidiatonus Schulze

Von der Reise zurück

Dr. Möller, Kemberg

Magdeburger

Pferde- und Auto-Lotterie

Hauptziehung: am 22. und 23. Juli 1931
Einzel-Lose 1 Mk. **Doppel-Lose 2 Mk.**
16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von **RM. 60000**
Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnern über 2.— Mk. mit 90 % in barem Gelde.

Gesamt-Gewinnplan:

2 Hauptgewinne: 1 Automobil od. 1 kompl. Wohnungseintrichtung im Werte von je **RM. 7500** RM. 15000
2 Prämien: 2 Aufsichtspferde od. 1 Herrenzimmer im Werte von je **RM. 2500** RM. 5000
2 Hauptgewinne: 2 edle Pferde oder 1 Auto im Werte von je **RM. 3000** RM. 6000

40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

Ziehung unwiderruflich am 18. August
Vorzügliche Gewinnchancen
3600 Gewinne und 1 Prämie
Wert der Gewinne: **100000 RM**
Lose zu 3 RM zu beziehen durch

Richard Arnold, Buchhandlung

Tagesfragen aus Stadt und Land

Siffige Farben?

Von Prof. Dr. P. Kratoch, Dresden.

Als alter Farbensammler möchte ich zu einigen Fragen Stellung nehmen, die in letzter Zeit mehrfach die Presse und somit auch die Gemüter beschäftigt haben. Unter siffigen Farben versteht man zweifelhafte. Es können Farben sein, die dem Auge giftig erscheinen; von ihnen singt schon Wilhelm Busch in seiner Kritik des Jenseits, wo die zweite Zeile sagt:

Ich schlage vor, wir entseihen

Uns für ein Kleid in Erbsengrün.

Das mag Soppischen nicht leben.

Es können aber auch Farben sein, die auf den Organismus als Gifte wirken. Solche gibt es wohl, z. B. Zinnober als Quecksilberverbindung, Schweinfurtergrün als Arsenverbindung. Sie sind aber durch strenge Gesetze vom Gebrauch für Anstrichfarben, Tapeten, Gebrauchsgegenstände und Spielwaren ausgeschlossen. Die moderne Industrie der Teer- und Wälderfarbstoffe, die heute über die Zusammenfassung und etwaige Verunreinigungen ihrer Produkte aufs Genaueste beaufsichtigt wird, schließt alle Möglichkeiten sorgfältig und vollständig aus, die zu einem schädlichen Gehalt an Giften führen könnten. — Was ist denn überhaupt giftig? Als Studenten fanden wir in unseren Lehrbüchern manchmal den Ausdruck: „Wirkt im Uebermaß genossen giftig“. Wo ist nun das Uebermaß? Einer Familienkammer zufolge ist eine meiner vier Nitroformulierungen eines Abends am Genus von zwei Kartoffelfatal gestorben. Sollte man nun keinen mehr essen? Man wußte sich aber auch Pfeffer oder Zimt oder Siedehaben oder gar Glasfalter nicht für Gift auf Butterbrot streuen, weil sie uns sonst als Gifte bezeichnen. Ebenso könnte es bei einem Versuch mit Teerfarbstoffen geschehen, obwohl ich es nicht einmal sicher nachsprechen kann, werden doch manche Farbstoffe sogar medicinalis verwendet und wirken als Heilmittel. Es gibt natürlich diese Lehrbücher über die Gifte, und wenn das Konversationslexikon aus dem Jahre 1859 mit Gift alles bezeichnet, „was in geringerer Menge in den lebenden Körper gebracht, mechanisch oder chemisch das Leben gefährdet“, so ist damit auch nicht gesagt, was das Uebermaß anfängt.

Recht merkwürdig aber ist es, daß nicht nur der Laie, sondern auch mancher Arzt heute noch ohne Bedenken die Farbstoffe verantwortlich macht, sobald sie mit dabei sind, wenn irgend etwas raffert. Ganz besonders bei Blutvergiftungen, Erythemen, Furunkeln und dergl. ist es immer die gefärbte Tinte oder der Anstrich des Zimmers, das gefärbte Stroh des Hauses, die Farbe in der Wasse oder Seide, die die Uebelthäter sein sollen. Dabei weiß jeder, daß der weisse, frisch gewaschene Stehragen fürnurel hervorragen kann, wenn man die scharfen Ranten nicht mit Glätteln oder wenigstens mit einem Seifenwässchen abwischt. — Dieses letzte Hinneigen auf die Farbe als Giftstoff hat wohl noch mit dem sogenannten Zeatiff der giftigen Farben in unserer Unterbewußtsein zu tun, und wie uns schon die Mutter verboten hat, beim Malen mit Wasserfarben den Pinsel mit der Zunge zu lutschen, obwohl man ihn so am schönsten bekommt, so haben wir auch heute noch eine gewisse Abneigung vor den Farbstoffen und sind geneigt, ihnen Unlebes in die Schuhe zu schieben. Ganz im Unrecht.

Wenn nun gar solche Nachrichten in die Presse gelangen, ist der Zweifel los. Es gibt gewiß keine gewissenhaftere und sorgfältigere Tagespresse in der ganzen Welt als die deutsche, und doch verbreiten sich solche Nachrichten, wie über durch arzenifarbige Erbsen, durch aufgeschriebene Kleider oder durch engangene Hände viele verurteilte Schäden, die Menschen, Tod und Verderben über die Menschheit gebracht haben sollen. Sie verbreiten sich mit unheimlicher Schnelligkeit und werden mit Wonne von denen ausgeschlachtet, die sich ein Geschäft davon vorprechen. Natürlich kann nicht von den in der Presse tätigen Herren die fachwissenschaftliche Ausbildung und Kenntnis auf dem Gebiete der Chemie vorausgesetzt und verlangt werden, mit welcher derartige Annemernärchen auf ihren Wert oder vielmehr „Unwert“ zu prüfen sind; sie müssen sich aber bewußt sein, wech un-

geheuer wirtschaftlicher Schade angerichtet werden kann, wenn sie ohne Prüfung solche Nachrichten weitergeben, die unsre über all. hochstehende, gewissenhafte und mit allen Mitteln der modernen Wissenschaft und Technik arbeitende Industrie verdächtigen. Denn nichts von alledem ist wahr, nichts kann bewiesen werden, wenn man den Dingen auf den Grund geht! Unsere Gesetze über den Umgang mit Giften und über die Giftfreiheit unserer Lebens- und Gebrauchsmittel sind so streng, daß es abgesehen von aller durch die Verunft und im eigenen Interesse gebotenen Vorsicht und Rücksicht, ganz ungeheuerlich lächerlich wäre, wenn sich die Industrie nicht sorgfältig in Acht nähme, alles Schädliche aus ihren Produkten fernzuhalten. Wenn nun trotzdem von Zeit zu Zeit solche Enten herumfliegen, so sei hier die Bitte ausgesprochen: Publikum, glaubt nicht! Und wer es hört, der gebe es nicht weiter, ehe ganz bestimmte Beweise da sind! Wer es aber doch tut, der ist schuldig, den guten Ruf, den unsere chemische Industrie als Hersteller der Farbstoffe und die darerarbeitenden Industrien wie z. B. die Färbereien, Druckerereien, Tapetenfabriken usw. als Verbraucher derselben in der ganzen Welt genossen, empfindlich zu schädigen, denn diesem guten Ruf geht es genau wie jedem anderen: Wird er auch nur durch einen Sauch getrübt, so klebt etwas davon an ihm hängen.



Das Zeitungsgeld ist fällig!
Vergiß es nicht, sonst schimpft die Mutter über den lesenden Roman!

Deutsches Aufbaupwerk.

Bund für Arbeit und Kapitalbildung.

Aus dem Weltreize heraus, die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft grundlegend zu beheben, haben in diesen Tagen Männer der Wirtschaft und verschiedensten Berufs- und Interessentkreise einen Bund für Arbeit und Kapitalbildung gegründet, dem folgende Zielsetzungen zugrunde liegen: Aufbau der deutschen Wirtschaft im Geiste sozialer Gerechtigkeit und sozialer Befreiung des deutschen Volkes durch neue Kapitalbildung in produktiver Arbeit und Schaffung von neuem Privatkapital für die jetzt fehlenden Volksmassen. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W 8, Rannoverstraße 38.

Rund um die Astrologie.

Auf dem letzten deutschen Astrologen-Kongress haben sich namhafte Universitätsprofessoren, Mediziner, Psychologen und Rechtsanwält für die staatliche Anerkennung der Astrologie als Wissenschaft eingesetzt. Unter Führung eines bekannten Astrologen sind Bestrebungen zur Gründung einer „Iranischen Volks-

gemeinschaft“ im Gange, die ähnliche Ziele verfolgt und die Dienstarmadung der Astrologie für die deutsche Innen- und Außenpolitik, in der Klimatologie, Meteorologie und Medizin erstrebt. Damit tritt die astrologische Bewegung in eine eigenständige Stadium, um den Kampf gegen ihre bisherige Diskreditierung aufzunehmen.

In den letzten zehn Jahren hat die astrologische Bewegung einen sehr beachtlichen Aufschwung genommen. Nach sorgfältiger Schätzung kann man heute mit nahezu 2 Millionen festen und ebenfalls losen Interessenten und Anhängern dieser Bewegung rechnen.

Auf dem Gebiete der Volksheilkunde hat die astrologische Forschung insofern einen großen Erfolg zu verzeichnen, als ein bekanntes süddeutsches Werk für Elektro-Komplex-Homöopathie zum erstmaligen astrologische Heilmittel herausgebracht hat, mit denen bereits gute Erfahrungen gemacht wurden.

Folger Stejneger-Rache.

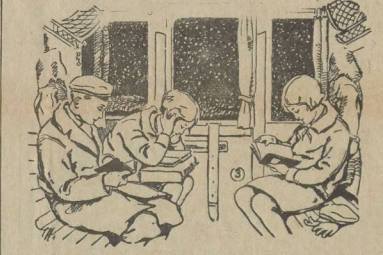
Merkwürdigkeiten aus aller Welt

Der Wohlthätig Napoleons auf Elba, die Villa San Martino, ist vom italienischen Staat erworben worden und soll ein Museum werden.

Der letzte römische Gladiatorenkampf fand im Jahre 400 statt.

Unsere Schulfugent

Wie es vielen tausend Kindern frühmorgens geht. — rrr geht der Wecker los und, noch todmüde, rappelt man sich auf — du lieber Gott, schon wieder mal 8 Uhr, schon wieder mal aufstehen müssen! — Nur noch fünf Minuten liegen bleiben, man ist ja noch sooo — noch müde; aber dann, wenn die Herum sind, muß man raus, es ist alles nichts, man muß einfach, der Zug wartet nicht. Schnell wird sich angezogen, gewaschen, frisiert und nun ist im Esszimmer, 1 Tasse Kaffee und ein Brötchen dazu gegessen, dann der Mantel an, die Schülertasche aufgeschleppt und im Tempo zum Bahnhof, wo der berühmte „Bimmelbahn-Express“ gerade einläuft. Halt, da ist der 2. Wagen, das 3. Abteil ist das Stammkuppe — also schnell herein!



Dort der blonde Bubikopf in der Ecke hat beide Hände an die Ohren gepreßt, ein böses Buch auf dem Schoß, und in das einseitige Ritzebild des Zuges klingt ihre helle Stimme, nur bruchstückweise verständlich: Karl der Große — Römung — Nachen —, ihr gegenüber die große Fremdbin präpariert Mathe-matik, der Spinnast hat mit dem rotgoldenen Bändchen beschäftigt sich selbst mit dem vielgeliebten Horaz. Teufelskist herstellt, alles lernt er. Dann kommen die Bücher, die Geschichte wie Horaz wieder in die Wappen, die Mäntel werden auch wieder angezogen, und nach einem Schlußwort von etwa 20 Minuten trifft man in der Schule ein, wo die Glocke gerade mit hellem Klingelklang zur Arbeit ruft.

Lächerlich?

Von Felix Müller-Parthenkirchen.

Ich besäße einen Affenbengel, der ist übergeschrieben: „Räuze“. Manche londerbaren Räuze haben meinen Weg getreuzt: Was sie sagten oder taten, hab' ich unter diesem Affenbengel aufgeschrieben.

Wie sich darin geschrieben, bis auf einen, den ich wieder raus-gemommen habe. Ich lernte ihn schon auf der Schule kennen. Es war keiner von den allerersten. Aber seine Tischigkeit war unverkennbar. Außerordentlich als er hat keiner den jemals vorgelesenen Stoff bewältigt. Die und jene Gleichung zweiten Grades war zu lösen. Böhmman löste sie. Dies und das Kapitel war zu überlesen. Böhmman hat es überlesen. Dies und jenes Sprichwort galt's im Aufschub zu beweisen. Böhmman hat's bewiesen.

Einmal nur hat er verfaßt. Ein Auswüchsllehrer stand am Pult und sagte: Schreibt in dieser Stunde einen Aufsatz. — „Was für einen, Herr Professor?“ sagte Böhmman. — „Jedigen, einen.“

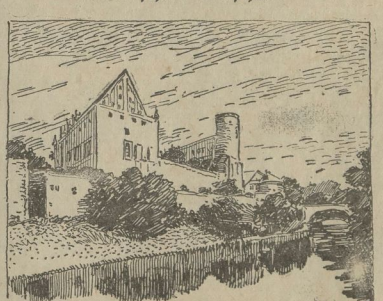
Böhmman konnte es nicht fassen. „Thema, bitte?“ bohrte er von neuem. „Selber wählen!“ — Böhmman wählte eine Stunde lang und — gab ein weißes Blatt ab.

Nach der Schule war er mir eingeschunden. Erst nach vielen Jahren blieb ich in dem Hause, wo ich wohnte, vor einem eben angekauften Namensschilde stehen: Böhmman. Ob das jener Böhmman war, der — „Da ging die Türe auf. — Der bin ich,“ nickte er und schaute drein wie damals, wenn der Lehrer uns „ausaufgab“.

Ich gab ihm nichts auf. Da wurde er unruhig. „Sch' nahm ich unter Arm und überzete: Weißt du noch die Aufschubstunde mit dem leeren Blatte — wie ich aus deinem Titel auf dem Schilde sehe, ist es nicht dabei geschrieben?“ — „Bei dem leeren Blatte, meinst du? Nein, die dreißig Jahreblätter letzter hab' ich vollgeschrieben.“ — „Nach Dittal?“ fuhr's mir heraus.

Er wurde rot: „Ich bin nun einmal so. Ich brauche jemand über mir, der sagt: Das wird gemacht. Unter uns, Verehrter: Die bereit sind, über sich Gesetze anzuhängen, sind die schlechtesten nicht.“ — „Ich weiß es,“ sagte ich ernst, „das Gerüst des

Das schöne Deutschland



Staaes steht sie, ohne sie bricht er zusammen.“ — „Sage mal, da warst doch unser bester Redner in der Klasse — rüßt du mir, mein Leben zu verbringen?“ — „Ein wenig spät. Doch nie zu spät für jemand, der es ernst meint, von den Seinen Rimmer abzuhalten. Du hast — „Frau und Kinder, eine Mutter, eine Schwester — ja, das waren alle.“ — „Alle? Hast du dich

nicht selber?“ — „Nicht so sehr. Mich haben andere: Gute Freunde haben mir geraten, einen Teil Erspartes in ihr Unternehmen reinzustecken, und nun weiß ich nicht.“ — „Ich weiß, Böhmman: Laß die verfluchen.“

Natürlich tat er dann das andre: er war einer von den vielen, die erst fragen, wenn sie — alles untergeschrieben haben. Ebenso natürlich hat er dann das Geld verloren: die Freunde hatten ihn hereingelegt. Später tat's ihm ein Enkelchen an. Ich erlaube's erst, als er mich befragte: „Meinst du nicht, ich hätte besser —“ — bis verflucht, ja, das meine ich. — „Ich wüßte ja, du bist ein guter Redner, also dann das nächste Mal.“

Das nächste Mal — die Gründung war inzwischen längst „erledigt“. Ich erlaube's ihm ein. „Goldfischer“ natürlich und mit ungesunden Themen, wie er sagte. — „Weber Böhmman“, sagte ich, „eins oder's andere — beides miteinander gibt es nicht — du bist auf dem Holzweg.“

Sch bekam dann wirklich recht: Die Aktien, aus Holzpapier gefertigt, wurden wieder um sie waren: Falls, Klagen, lammertam er angezogen: „Dreimal hab' ich nun das Thema selbst gewälzt.“ — „Gieber Böhmman, Themen selber wählen darf nur eine Handvoll Menschen: Führer. Wir sollten uns bescheiden, unsre Arbeit schlicht zu tun und uns von Leuten, die ihr Fach verstehen, führen — nicht verführen zu lassen.“ — „Also meinst du, zu einer — Lebensversicherung ist's nicht zu spät?“ sagte er zögerlich. — „Du was gutem ist es nie zu spät. Komm, ich begleite dich.“ — „Wohin — du bist doch kein Bauer?“ — „Am Agent des gefunden Menschenverstandes, und im übrigen dein alter Kamerad — ist komm.“ — „Ist es — nicht ein wenig lächerlich — jetzt noch?“ — „Lächerlich war es — zum drittenmal, Böhmman: komm!“

Er kam wirklich, ward verflucht und — zwei Jahre später raffte ihn ein Unfall fort. Die Seinen haben unsere letzte Dis-kussion erfahren. Wenn ich ihnen (später dann und wann) — gegnete, haben wir uns zugulänglich: Lächerlich?

Kemberger Zeitung

normales General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt / und Musikisches Unterhaltungsblatt. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durchboten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeile über deren Raum 15 Pf., die 3spaltige 12 Pf., die 2spaltige 10 Pf., die 1spaltige 8 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 80

Donnerstag, den 9. Juli 1933

33. Jahrg.

Eine Minute vor Zwölf.

Schuldensituation und deutsche Wirtschaft. — Das nächste Thema. — Die Rolle Frankreichs.

Tägliche Telefonate über den Degan, tägliche Frühlingnahme der Notenbankpräsidenten, tägliche Verhandlungen mit Vorkämpfern, mit Wirtschaftlern — zwei Wochen lang ging es so, ehe man den Abschluß der Schuldensituation erreichen konnte. Zwei Wochen lang lastete der Druck dieser Verhandlungen über der Wirtschaft, und niemand weiß, ob sie ihn auch nur noch Tage länger hätte tragen können. Wenn am letzten Sonnabend auf der Reichsregierung bei dem amerikanischen Botschafter Sattelt zurückgefragt wurde, wann man in Paris die Einigung erwarten könne, wenn der Generatrat der Reichsbank am Sonntagabend sagte, wenn der amerikanische Botschafter noch in der Nacht zum Dienstag dem Reichsminister Dr. Brüning von den Pariser Vereinbarungen Mitteilung machte, so zeigt das alles, wie sehr sich die verantwortlichen Persönlichkeiten darüber klar waren, daß die Zeit dränge, daß jeder Aufenthalt auch nur von Stunden weiteren schweren Schaden anrichten könnte. Der Schaden dieser letzten vier Tage ist ohnehin in Zahlen nicht abzuschätzen. Man muß an die Inanspruchnahme der Reichsbank in diesen letzten Tagen denken, um einen Begriff davon zu bekommen, welches übertriebene Tempo die wirtschaftliche Krise angenommen hatte. Die Unklarheit der politischen Lage hatte dazu geführt, daß der Reichsbank ihre Dividendenreflexen völlig entzogen waren. Der 400-Millionen-Kredit der ausländischen Notenbanken war am Sonntag ebenfalls aufgebraucht. Am Sonntag beschloß man, noch den 200-Millionen-Kredit in Anspruch zu nehmen, der der Goldbestand aus dem Ausland zur Verfügung stand. Aber von diesen 200 Millionen waren 80 Millionen am ersten Tage der Inanspruchnahme am Montag verbraucht, und die übriggebliebenen 120 Millionen würden nur noch auf fünf Tage genügt haben. Man stand also unmittelbar vor einer Erschöpfung der Kreditquellen, unmittelbar vor neuen Anleihen-Geschäften der Reichsbank an die fremden Notenbanken, unmittelbar vor schweren Rückwürfen der Reichsbankmaßnahmen auf die deutschen Privatbanken und die deutsche Privatindustrie.

Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen für die zunehmende Erkenntnis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, wenn gerade in dieser Krisenzeit die Bereitwilligkeit der großen Notenbanken zu enger Zusammenarbeit sich besonders bemerkbar machte. Die Bank von England hatte die Führung bei der Aktion, die schon einmal die Reichsbank mit Krediten verfolgte, und man hätte sichere Zusagen, daß ähnliche Aktionen noch gefolgt wären, wenn die Krise sich in dem gleichen Tempo weiterentwickelt hätte. Das ist während der letzten Tage anzunehmen. Aber solche Ausschüffe durch die fremden Notenbanken konnten doch nur in einer ganz kurzfristigen Übergangsstadium helfen. Die Kreditbereitschaft der fremden Notenbanken, ihre Inanspruchnahme durch die Reichsbank, hat ohnehin dazu geführt, daß in die Atempause, die nun beginnen soll, das Inflationsrisiko des Reiches mit einer Schuld von rund 500 Millionen Mark in Rechnung hineingeht, daß sie also vorbelastet ist und zunächst verlustlos muß, von dieser Sonderbelastung frei zu werden.

Aber viel gefährlicher als die Not der Reichsbank, der immer die Hilfe der fremden Zentralnotenbanken zur Verfügung stand, war die Situation der deutschen Privatwirtschaft. Die Kapitalabwanderung hat ja während der ganzen vergangenen Monate angehalten. Aus dem ersten Stadium, in dem Verlängerungen fremder Kredite überhaupt abgelehnt wurden, war man zwar zeitweilig schon heraus. Man konnte gegen entsprechende Zugeständnisse in der Zinsfrage zeitweilig Kreditverlängerungen erhalten, bis in letzten Stadium dann die Kreditabzüge wieder zunahmen. So sind insgesamt der deutschen Privatwirtschaft ausländische Kredite in Höhe von drei bis vier Milliarden Mark entzogen. Diese unentbehrlichen Betriebskredite glaubt man als erste Wirkung des Hooverplans wieder für die Privatwirtschaft beschaffen zu können. Sei es auf dem deutschen Geldmarkt selbst, den nach dem einträglichen Zustand der Reparationen die Reichskasse ja nicht in Anspruch nehmen muß, sei es aus ausländischen Mitteln, die nun wohl wieder reichlicher fließen werden.

Die Stundung der Reparationen wird gewiß noch zu schwieriger Verhandlungen Anlaß geben. Vier Punkte sind noch ungeklärt: Die Verzinsung der gestundeten deutscher Jahreszahlung, die Beschaffung von Krediten für die süd-europäischen Staaten, die Finanzierung der deutschen Sachlieferungen, die fortgeführt werden sollen und schließlich Frankreichs Verpflichtungen gegenüber dem Garantiefonds der BZ. Aber die Verhandlungen über diese mehr technischen Fragen scheinen unumgänglich gegenüber dem Problem der Kreditbeschaffung, das nun als nächstes Thema von der Staatsregierung zu lösen sein wird. Die Atempause in den Reparationen wird, wenn sie Erfolg haben soll, in erster Linie eine Atempause zur Regulierung der internationalen Kreditverhältnisse sein müssen. Das wird auch das Thema der deutsch-französischen Besprechungen sein, die bei dem geplanten deutschen Besuch in Paris stattfinden sollen. Deutschland muß loskommen von dem System der kurzfristigen Kredite, die bei jedem Schwanken der Wirtschaftsverhältnisse abgezogen werden können, und deren Unbe-

ständigkeit deshalb die deutsche Wirtschaft unter dem Druck dauernder Krisen drohung hält. Zunächst werden in der Reihenfolge der internationalen Besprechungen die englischen Minister und etwas später der amerikanische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten nach Berlin kommen. Auch mit ihnen muß die Lösung dieses Problems der langfristigen Kredite schon vorbereitet werden. Aber eine Hauptrolle fällt bei der Lösung dieses Problems Frankreich zu, das immer noch an Geldüberfluß leidet, und das nach dem formaljuristischen Streit der letzten 14 Tage jetzt beweisen kann, ob es auch zu wirklicher Wirtschaftspolitik imstande ist.

Abschluß in Paris.

Das amerikanisch-französische Abkommen.

Das Abkommen zwischen Amerika und Frankreich über den Hooverplan ist schließlich formuliert und abgeschlossen worden. Sein wesentlicher Inhalt wird in einer gegen 11.30 Uhr nachts veröffentlichten Vereinbarung folgendermaßen zusammengefaßt:

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen um 10 Uhr haben die amerikanischen Unterhändler den französischen Ministern die Zustimmung ihrer Regierung zu den im Ministerrat getroffenen Beschlüssen überbracht.

Sie teilten mit, daß Präsident Hoover erklärt habe, daß das jetzt abgeschlossene Abkommen im Geiste des amerikanischen Vorschlages gefaßt sei und nur noch der Billigung der anderen interessierten Parteien abhänge.

Der amtliche Wortlaut.

Der genaue Text der zwischen Frankreich und Amerika getroffenen Vereinbarung („base d'accord“) hat folgenden Wortlaut:

Erster Teil:

Nach dem Meinungsaustrausch der zwischen den beiden Regierungen stattgefunden hat, hat die französische Regierung festgesetzt, daß sie mit der amerikanischen Regierung über die hauptsächlichsten Grundzüge des Vorschlages des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover einig ist, ebenso über die nachfolgenden Punkte:

1. Die Zahlung der Regierungsschulden ist vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1933 aufgehoben.
2. Das Reich zahlt jedoch den ungedeckten Teil weiter; aber die französische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß diese Zahlungen von der BZ, in Bonds angelegt werden, die von der Deutschen Reichsbankgesellschaft garantiert sind.
3. Sämtliche gestundeten Zahlungen unterliegen einem Zinsfuß der den von der amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen entspricht, und sind ab 1. Juli 1933 in zehn Jahreszahlungen rückzahlbar.
4. Diefelben Bedingungen gelten auch für die von der Deutschen Reichsbankgesellschaft herausgegebenen Bonds.

Zweiter Teil:

Zu den drei Punkten, die die amerikanische Regierung nicht direkt betreffen, gibt die französische Regierung folgende Erklärung ab:

- a) Eine gemeinsame Handlung der hauptsächlichsten Zentralbanken wird mit Hilfe der BZ, organisiert werden, um die

Außenminister Briand, Finanzminister Lalande, Haushaltsminister Piétri für Frankreich und Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edgée für Amerika unterzeichnet.

Neuer Abrüstungsausschuss Hoovers.

Die Mitteilung Mellons, daß die Einigungsformel endlich gefunden sei, kam selbst der Washingtoner Regierung überraschend, da man noch am frühen Nachmittag den Eindruck hatte, daß die Pariser Verhandlungen in eine Sackgasse geraten seien. Hoover, der die Nachricht geradezu freudensprühend den Pressevertretern weitergab, verlas bei dieser Gelegenheit

eine längere Erklärung.

Die technischen Schwierigkeiten, so führte der Präsident aus, die sich aus den vielen verwickelten internationalen Abmachungen ergäben, seien auf dem Wege, durch guten Willen und durch die Zusammenarbeit aller Regierungen gelöst zu werden. Die Annahme des Moratoriumsvorschlages habe den Vätern Amerikas und den alliierten Mächten Opfer abverlangt; sie bedeute aber eine ungeheure Erleichterung der wirtschaftlichen Bürde, die auf Deutschland und Mitteleuropa lastet.

Die Furcht vor Anordnung und Regierungsschulden werde neuer Hoffnung und neuem Vertrauen in die Zukunft. Abschließend betonte Hoover erneut, daß eine der Hauptursachen des Niederganges der Weltwirtschaft das allgemeine Vertrauensleien ist. Der Rückblick auf die vergangenen Wochen sollte lehren, wie notwendig eine Erleichterung der Rückzahlungsschulden, die den Betrag der politischen Schulden mehrfach übersteige.

In Wallstreet hat die Nachricht von der Pariser Einigung glänzende Beifriedigung ausgelöst, wenn man auch nicht verheißt, daß durch die Berichtigung der Verhandlungen ein nicht zu unterschätzender Schaden angerichtet worden ist.

Paris dreht die Lauffaßen.

Die Pariser Mittagspresse unterstreicht besonders die politischen Forderungen Frankreichs. Es scheint, daß die französische Regierung geradezu eine Parole ausgesprochen hat, auf diesem Punkt mit Nachdruck zu beharren.

Hier und da kommt in der Presse nach einer langatmigen Aufzählung der Opfer, die Frankreich gebracht habe, der Wunsch zum Ausdruck, daß der Weltfrieden nun auch wirtschaftlich gesichert sei, und in diesem Zusammenhang unterstreicht fast sämtliche Blätter den Schluß des Abkommens, in dem sich Frankreich das Recht vorbehält, von Deutschland ganz bestimmte Sicherheiten für die Verwendung des frei gewordenen Geldes zu verlangen.

Das „Echo de Paris“

und mit ihm ein großer Teil der ultranationalistischen Blätter weist darauf hin, daß die französische Regierung 80 oder hundert der Hooverischen Vorschläge bedingungslos anerkannt habe, wenn auch die französische Zustimmung letzten Endes von den Beschlüssen abhänge, die die Konferenz der Gläubigermächte über den Garantiefonds treffen werde.

Das „Denour“

verrichtet auf eine Aufzählung der Vor- und Nachteile des neuen Abkommens, und betont lebhaft, daß nunmehr niemand in Amerika oder Europa das Recht habe, Frankreich des Mißtrauens zu beschuldigen. Weniger als zwei Monate nach dem Versailler Kongreß habe Frankreich für den Frieden eine Handlung vollbracht, die mehr Jage als Kammerabstimmungen.

Laval über die Einigung.

Nach Abschluß der Montager Verhandlungen gab Ministerpräsident Laval folgende Erklärung ab: Dieser Vertrag ist eine wichtige Entscheidung, die ein schweres Opfer für Frankreich bedeutet. Man wird verstehen, daß die Regierung die französisch-amerikanische Solidarität wahren wollte, die mehr denn je eine Bedingung für die internationale Zusammenarbeit und eine Notwendigkeit für den Frieden darstellt.

Man wird verstehen, daß die Regierung das gebilligte Recht Frankreichs auf die Reparationen nicht veräußern wollte. Wenn aus dem nunmehr abgeschlossenen Vertrage neues Vertrauen in der Welt erwächst, und wenn man in Deutschland die Tragweite und den Sinn der weitestgehenden Haltung Frankreichs versteht, so muß sich eine neue Aera für die beiden Völker eröffnen.

„Zwar etwas, aber noch nicht genug“.

Die Londoner Presse hat die Nachricht von der Einigung zwischen Frankreich und Amerika über den Hooverplan dankbar und ruhig aufgenommen. Sie erkennt nicht die Schwierigkeiten, die die unmittelbare Zukunft bringen wird; denn, so sagt

die „Times“,

die Notlage ist drohender denn je, und die Krise des Juli 1931 betrifft nicht nur die Bankiers sondern jeden einzelnen. Niemand könne behaupten, daß die Einstellung der Zahlungen für ein Jahr ausreichen werde, um alles noch Notwendige zu tun. Amerika habe Gelegenheit gehabt, die wahre Lage zu erkennen. Somet Europa in Frage komme,

